

„Bärenparking“ – Wir würden uns einen Bärendienst erweisen

Ich freue mich sehr über die Realisierung des Bärenparks und teile die Auffassung der Initianten, wonach dieser zu einer willkommenen touristischen Aufwertung der Stadt Bern führen wird. Die Idee eines Parkings in nächster Nähe klingt im ersten Moment interessant. Mit Blick auf die Stadtfinanzen besticht prima vista auch die Aussage der Initianten, wonach Erstellung und Betrieb des Parkings nicht durch die öffentliche Hand, sondern mit privaten Mitteln finanziert würden. Soweit so gut.



Ausfahrt im unteren Teil des Klösterliplatzes.

Dennoch, das Bärenparking schafft weder Linderung noch löst es die vom Initiativkomitee ins Feld geführten Probleme. Der Bau des Parkings verspricht weder eine Lösung gegen den Suchverkehr noch führt er zu einer Wiederbelebung der Altstadt-Läden.

Entgegen der Annahme des Initiativkomitees muss davon ausgegangen werden, dass mit der Bereitstellung von „attraktiven“ Parkmöglichkeiten, dies in unmittelbarer Nachbarschaft des Bärenparks, dessen direkte Umgebung und die umliegenden Wohnquartiere durch erheblichen Mehrverkehr belastet würden, weil der Suchverkehr (auch wegen der zu erwartenden hohen Parkgebühren) zunehmen würde. Ebenso wenig wird der Nachweis geführt, dass in nächster Nähe bestehende Alternativen (Rathaus Parking und Parking am Waisenhausplatz) heute schon ausgelastet wären, mithin der Bau eines zusätzlichen Parkings zwingend erforderlich sei.

Vielmehr gilt es die Bevölkerung und Besuchende unserer Stadt konsequent zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr zu ermutigen. Diesem Anliegen gilt es in ganz besonderem Masse für den historischen Kern der Berner Altstadt Nachachtung zu verschaffen. Die „attraktiven“ Parkmöglichkeiten, welche mit einem Parking direkt neben dem Bärengraben geschaffen würden, setzen die falschen Anreize.

Konsequente (grünliberale) Politik setzt schon beim Planungsvorhaben an. Einem Projekt, das verkehrs- und umweltpolitisch falsche Anreize setzt, die anliegenden Quartiere potentiell mit Mehrverkehr und den öffentlichen Haushalt mit nicht rechtfertigbaren Mehrkosten belastet, ist schon in der Planungsphase die Gefolgschaft zu verweigern.

Réto Gasser, Bern